

**Position der IHK-Regionalausschüsse
Altötting-Mühldorf, Ebersberg, Erding-Freising und Rosenheim,
der IHK-Gremien Dingolfing-Landau, Landshut, Kelheim und
Regensburg sowie der
IHK-Verkehrsausschüsse der
IHK für München und Oberbayern, der IHK für Niederbayern in Passau
und der IHK Regensburg für Oberpfalz / Kelheim
zum Straßeninfrastrukturprojekt B 15neu**

Informationen zum Projekt

Die im aktuellen Bundesverkehrswegeplan enthaltene Bundesstraße B 15neu stellt eine der bedeutendsten Verkehrsprojekte der Wirtschaft im östlichen Bayern dar. Sie ist neben der B 20 die wichtigste Nord-Süd-Achse im überregionalen Straßennetz, verbindet mit ihrer durchgehenden Fertigstellung die Wirtschafts- und Lebensräume von Regensburg über Landshut bis Rosenheim und sichert die verkehrliche Erreichbarkeit von Produktionsstandorten, Beschaffungs- und Absatzmärkten. Als eine der bedeutendsten Entwicklungsachsen für den gesamten ostbayerischen Wirtschaftsraum gewährleistet die B 15neu darüber hinaus die Anbindung an bundesweite und europäische Verkehrsachsen über die Bundesautobahnen A 3, A 92, A 93, A 94 und die A 8. Zudem trägt sie zu einer besseren Verteilung der Verkehre und damit zu einer Entlastung des gesamten Bundesfernstraßennetzes bei.

Dagegen ist die Bestandsstrecke B 15 regional ausgerichtet, führt direkt durch eine Vielzahl größerer und kleinerer Ortschaften, unmittelbar an Wohnbebauung vorbei und lässt bei oft kurvenreichem Verlauf keinen effizienten Verkehr zu. Engstellen, fehlende Überholmöglichkeiten und häufige Straßenkreuzungen stehen einem reibungslos fließenden Verkehr entgegen. Eine rund zweistündige Fahrzeit für die rund 100 km lange

Fahrstrecke zwischen Landshut und Rosenheim verdeutlicht den bestehenden Handlungsbedarf.

Die Folge sind neben längeren Reise- und Transportzeiten mitunter Umwegverkehre, insbesondere des Lieferverkehrs, auf deutlich längere, aber schnellere und sicherere Routen, etwa über die Autobahnen A 92, A 9, A 99 von und zur A 8 mit den entsprechenden Zusatzkosten bzw. Zusatzbelastungen für die Unternehmen und für die Umwelt. Auch für die unmittelbaren Anrainer ist das Verkehrsaufkommen zunehmend belastend, etwa durch unmittelbare Lärmbelästigung und Luftverschmutzung. Mit 13,7 Prozent weist die bestehende B 15 zwischen Landshut und Rosenheim einen hohen Schwerlastverkehrsanteil auf. Gerade im innerörtlichen Verlauf kommt diese Straße einer Barriere gleich, die Ortsteile voneinander trennt. Angesichts fehlender Planungssicherheit zur künftigen Streckenführung einer Neubautrasse ist es daher nachvollziehbar, dass zunehmend Ortsumgehungen auf der Bestandsstrecke gefordert und umgesetzt werden.

Bisherige Positionierung

Die Industrie- und Handelskammern Regensburg für Oberpfalz / Kelheim, Niederbayern in Passau sowie für München und Oberbayern befassen sich seit Jahren mit dem Projekt B 15neu. Ihre IHK-Regionalausschüsse und -Gremien haben sich zuletzt im Oktober 2015 in Form einer gemeinsamen Position für die Realisierung ausgesprochen.

Aktueller Projektstand

Die B 15neu ist derzeit ab Regensburg bis zur Anschlussstelle A 92 bei Essenbach fertiggestellt. Der derzeitige Ausbauzustand der Bestandsstrecke als auch der Streckenverlauf der B 15 südlich der A 92 wird den gestiegenen Anforderungen an die notwendige verkehrliche Leistungsfähigkeit als auch der Verkehrssicherheit nicht mehr gerecht.

Die Maßnahmen zur Realisierung der Ost-Süd-Umfahrung von Landshut und einer Westtangente im Raum Rosenheim sind ausdrücklich – und nicht nur mit Blick auf eine notwendige Entlastung der Städte selbst – zu begrüßen. Für den dazwischenliegenden Abschnitt werden derzeit verschiedene Optionen diskutiert, aktuell jedoch ohne konkrete Planungen.

Abwägung

Der Nutzen und die Notwendigkeit durchgehender und bedarfsgerechter Wegenetze sind unbestritten. Erst die bauliche Realisierung von Neu- bzw. Ausbaumaßnahmen schaffen die Grundlage für eine effiziente verkehrliche Erreichbarkeit. Die Bauprojekte selbst als auch deren anschließende verkehrliche Nutzung erzeugen unweigerlich lokale und regionale Effekte auf Mensch und Umwelt. Daher wägen die nachstehenden Ausschüsse und Gremien der IHK für München und Oberbayern, der IHK Niederbayern in Passau und der IHK Regensburg für Oberpfalz / Kelheim – im Sinne ihrer gesamtwirtschaftlichen Interessenvertretung – hinsichtlich Infrastrukturprojekte nicht nur Minderheitenmeinungen gegenüber dem Gesamtinteresse ab, sondern auch zwischen Vor- und Nachteilen in verkehrs- und volkswirtschaftlicher Hinsicht.

Bei der Weiterführung des Projektes B 15neu zwischen Rosenheim und Landshut sollen daher folgende Anforderungen und Prämissen Berücksichtigung finden:

Die Straßenverbindung muss dem aktuellen und dem zu erwartenden Verkehrsaufkommen gerecht werden, um einerseits einen reibungslosen Warentransport sicherzustellen und andererseits auch für die Mobilität der Bevölkerung, von Berufspendlern und Touristen als attraktive Verkehrsverbindung zur Verfügung zu stehen. Selbstverständlich sind die Aspekte der Verkehrssicherheit in Anlage und Ausführung des Verkehrsweges zu berücksichtigen. Je übersichtlicher die Streckenführung, je weniger Engstellen, Kreuzungen, Zu- oder Abfahrten es gibt, desto geringer fällt die Zahl potenzieller Gefahrenstellen auf einer vielbefahrenen Straße aus.

Überdies müssen die Belange der Bevölkerung in der Region beachtet werden. Um die Beeinträchtigung für die Anrainer so gering wie möglich zu halten, sind Bauweisen zu wählen, die den Schutz vor Lärmbelästigung und Luftverschmutzung so gut wie möglich gewährleisten. Hinzu kommt die Rücksichtnahme auf gewachsene Siedlungsstrukturen, hier vor allem die Ortszentren und Dorfkerne, die nicht durchschnitten und deren weitere Entwicklung auch nicht behindert werden darf. Ein Aus- bzw. Neubau soll sich in das charakteristische Landschaftsbild Südostbayerns verträglich einfügen, wobei auf den effizienten und verantwortungsvollen Umgang mit der benötigten Fläche zu achten ist.

Bereits während der Planungs- und Bauphase müssen hohe Qualitätsstandards eines zeitgerechten Projektmanagements für Infrastrukturprojekte eingehalten werden, um die Belastungen für die Wirtschaft, Bevölkerung und Umwelt während des gesamten Projektzeitraums möglichst gering zu halten. Neben der fortlaufenden Aufrechterhaltung des fließenden Verkehrs sind hier beispielsweise eine professionelle Kommunikation und möglichst umfassende Integration der betroffenen Bevölkerung sowie die effiziente und möglichst emissionsarme Abwicklung der Baumaßnahmen hervorzuheben.

So können sowohl die verkehrlichen Erfordernisse der Gesamtwirtschaft als auch die Bedürfnisse von Bevölkerung, Natur und Umwelt in Einklang gebracht werden.

Beschluss

Die IHK-Regionalausschüsse in den Landkreisen, Altötting-Mühldorf, Ebersberg, Erding-Freising, und Rosenheim sowie die IHK-Gremien in den Städten und Landkreisen Dingolfing-Landau, Landshut, Regensburg und Kelheim setzen sich für eine weiter prosperierende Entwicklung in ihren Regionen ein. Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist hierzu unabdingbar und daher von herausragender regionalwirtschaftlicher und strukturpolitischer Bedeutung für den gesamten Wirtschafts- und Lebensraum. Vor diesem Hintergrund ist die Fortführung einer leistungsfähigen Nord-Süd-Verbindung sowie die damit verbundene Planungssicherheit zwischen Regensburg, Landshut und Rosenheim mit entsprechenden Anschlüssen an die A 92, A 94 und A 8 bei Rosenheim zwingend erforderlich.

Auch das Ziel, möglichst gleichwertige Lebensbedingungen in den Teilregionen Bayerns zu schaffen ist nur zu erreichen, wenn die infrastrukturellen Voraussetzungen der effizienten verkehrlichen Erreichbarkeit gegeben sind.

Die beteiligten IHK-Regional- und Fachausschüsse sowie die IHK-Gremien treten für eine bedarfsgerechte, leistungsfähige und an den Mobilitätsanforderungen ausgerichtete Lösung ein – ohne sich für eine bestimmte Linienführung oder Ausbauform der künftigen Straßenverbindung auszusprechen – und rufen gemeinsam gegenüber Politik und Verwaltung zu folgenden Maßnahmen auf:

- **Objektive und verlässliche Informationslage schaffen**
Die verkehrlichen Entwicklungen und die daraus resultierenden Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der Nord-Südverbindung zwischen Landshut und Rosenheim müssen analysiert und bewertet werden. Die Ergebnisse einer solchen Untersuchung bilden die sachliche Grundlage, um zu mehr Klarheit in der Transendiskussion zwischen Politik und Bevölkerung beizutragen.
- **Planungssicherheit verbessern**
Aktuell fehlen den Unternehmen, wie auch den Kommunen und der Bevölkerung notwendige Perspektiven, wann und wie der gemeinsame Wirtschaftsraum bedarfsgerecht und leistungsfähig angebunden wird. Wie positiv sich bedarfsgerechte Verkehrswege auf bestehende und neu anzusiedelnde Unternehmensstrukturen auswirken, ist unmittelbar am Beispiel der A 92 festzustellen. Um über Investitionen und betriebliche Weiterentwicklungen im betroffenen Gebiet entscheiden zu können, ist es für die Unternehmen von herausragender Bedeutung, Planungssicherheit zu erhalten. Davon hängen betriebliche Konzeptionen ab, die auch für die Belegschaft und damit für die Bevölkerung von erheblicher Bedeutung sind. Verlässliche Perspektiven, d.h. durchgängiges Baurecht, müssen für den gesamten Streckenabschnitt entwickelt werden, letztlich auch, um den Druck auf die Kommunen abzumildern und möglichst kurzfristig für innerörtliche Entlastungen zu sorgen.
- **Bedarfsgerechtes Straßennetz sicherstellen**
Eine leistungsfähige, den aktuellen und künftigen Mobilitätsbedürfnissen sowie ihrer überregionalen Netzfunktion gerecht werdenden Verbindungsachse zwischen Rosenheim und Landshut muss realisiert werden. Die notwendige räumliche Erschließungs-, aber auch Entlastungsfunktion dieser Verkehrsachse für den gesamten südostbayerischen Raum wird erst mit der durchgängigen Realisierung einer leistungsfähigen Nord-Süd-Verbindung wirksam. Die Bauprojekte Ost-Süd-Umfahrung Landshut und Westtangente Rosenheim müssen dringend und ohne zeitliche Verzögerung umgesetzt werden.
- **Politische Verantwortung übernehmen**
Die Politik muss Verantwortung übernehmen für eine Entscheidungsfindung, um den offensichtlich dringend benötigten Fortschritt im Verkehrsinfrastrukturprojekt B 15 / B 15neu herbeizuführen.

München, Landshut, Regensburg im April 2021



Ingrid Obermeier-Osl
Vizepräsidentin und Vorsitzende
IHK-Regionalausschuss
Altötting- Mühldorf



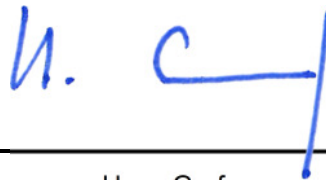
Claus Girnghuber
Vizepräsident und Vorsitzender
IHK-Gremium
Dingolfing-Landau



Sonja Ziegltrum-Teubner
Vorsitzende
IHK-Regionalausschuss
Ebersberg



Otto Heinz
Vizepräsidentin und Vorsitzender
IHK-Regionalausschuss
Erding-Freising




Hans Graf
Vizepräsident und Vorsitzender
IHK-Gremium Landshut



Andreas Bensegger
Vorsitzender
IHK-Regionalausschuss
Rosenheim



Georg Dettendorfer
Vizepräsident und Vorsitzender
IHK-Verkehrsausschuss
IHK für München
und Oberbayern



Jürgen Pfeil
Vorsitzender
IHK-Fachausschuss
Verkehr, Logistik und
Infrastruktur
IHK Niederbayern in Passau



Peter Esser
Vizepräsident und Vorsitzender
IHK-Gremium Regensburg



Michael Gammel
Vorsitzender
IHK-Gremium Kelheim



Manfred-Jürgen Fichtl
Vorsitzender IHK-Ausschuss
Mobilität, Logistik u. Infrastruktur
IHK Regensburg für Oberpfalz /
Kelheim